

Die Mauer zwischen Ost und West: ist Deutschland noch gespalten?

Ein Plädoyer für integrative Maßnahmen auch zwischen Ost und West

Solidarität mit dem Osten - so der Ruf auch des zweiten Solidarpaktes, der dem Osten über eine Laufzeit von 14 Jahren weitere 150 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Doch was bedeutet eigentlich der Ruf nach Solidarität im eigenen Land, da sich der Osten seit der Wende ja nicht in einem ständigen Ausnahmestand befindet, wie es das Wort Solidarität in meinem Verständnis suggeriert? Werden die Unterschiede nur so drastisch gezeichnet oder sind sie faktisch so groß, dass wir untereinander solidarisch sein sollen? Überlegungen von Sylvia Bordne (Studentin der Soziologie)

Dem Osten wird noch immer ein großer Nachholbedarf konstatiert - wirtschaftlich gesehen. Was aber ist mit der politischen, sozialen, kulturellen Seite? Kann hier auch von einem Nachholbedarf gesprochen werden oder was ist es genau, was die Unterschiede ausmacht? Denn, dass Unterschiede bestehen, darüber sind sich so ziemlich alle einig. Allerdings frage ich mich, warum das so ist. Haben wir nicht eine gemeinsame Hauptstadt, eine gemeinsame Sprache, die gleichen Bundespolitiker, lesen wir nicht die gleiche Literatur, haben gemeinsame Lieblingsschauspieler und bis zur Staatsgründung von BRD und DDR eine gemeinsame Geschichte? Eigentlich ist das ziemlich viel und doch scheint mir, dass die danach folgenden knapp über 40 Jahre entscheidende Veränderungen bewirkt haben.

Einheitspartei und nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Osten, Konsumeifer und Individualismus im Westen

Wenn ich hier erst einmal ohne weitere Begründung konstatiere, dass Deutschland noch gespalten ist, könnte man sicherlich diese Jahrzehnte der parallel existierenden Staaten als hinreichenden Begründungszusammenhang anführen. Denn was kam damals vor 15 Jahren anderes hinter der Mauer zum Vorschein als Menschen, die über 40 Jahre in einem totalitären System lebten, dessen Staatspartei SED das ausführende Organ der Sowjetunion war. Menschen, die eine komplett andere politische

Sozialisation erfahren haben und wo Öffentlichkeit mit Staatsöffentlichkeit gleichgesetzt werden konnte. Wo kritisches oder oppositionelles Denken bespitzelt und strafrechtlich verfolgt wurde und die mögliche kritische, intellektuelle Elite bei Unbequemlichkeiten aus dem Land verwiesen wurde. Offiziell hatte eine vollständige Orientierung an der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes bestanden, unter diesem Deckmantel aber hatte Westfernsehen den Traum von Konsum, von vollen Regalen und Abwechslung geweckt und die Leute waren es leid, jahrelang auf einen Trabi zu warten. Durch die Wirtschaftswunderjahre und die damit zusammenhängende Vollbeschäftigung blühten im Westen

*Zuschreibungen wie
„wir hier/ die da drüben“
funktionieren weiterhin wunderbar.*

Individualismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung, so dass beim Mauerfall die Ellebogenmentalität der BRD auf den nachbarschaftlichen Zusammenhalt in der Nischengesellschaft der DDR traf.

Vereint im Protest? Die Überraschungen der Wende und Demonstrationen gegen Hartz IV

Um noch weiter bei der Wendezeit zu bleiben, erinnere ich mich an die Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten der DDR und Menschen, die mutig und ängstlich zugleich ihren Unmut auf die Straße trugen, deren Aktionen 1989 in letzter Konsequenz zum Fall der Mauer und der Wiedervereinigung am 3.10.1990 führten. Viele hatten die ganzen Jahre von diesem Glückstag geträumt, doch dass der Traum eines vereinigten Deutschlands Wirklichkeit werden würde, kam dann doch für viele überraschend. Natürlich gab es Anzeichen: sowohl in der Sowjetunion läutete Gorbatschow's Glasnost und Perestojka Politik erste Reformschritte ein als auch in der DDR selbst wurden die Schwierigkeiten, dieses -

milde gesprochen - rigide System aufrecht zu erhalten, offensichtlich. Nicht zuletzt die Grenzöffnung nach Ungarn 1989 zeugen von Versuchen, die Unzufriedenheit der Bürger zu besänftigen. Dennoch überrumpelte die Wendung der jüngsten Geschichte die Politiker und forderte spontane Maßnahmen, verblüffte aber auch Menschen, die in ihrer Freude die Realität vergaßen.

Vor kurzem gingen die Leute wieder auf die Straße, allerdings sind Anlass und Situation heute gänzlich andere. Die Proteste richten sich gegen Hartz IV und üben Kritik an der Sozialpolitik der Bundesregierung. Dieses Mal demonstrieren die Leute nicht nur in Leipzig, sondern auch in Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt. Na bitte, da ist ja eine weitere Gemeinsamkeit. Vielleicht schreitet die Annäherung doch nicht so schleppend voran wie alle sagen. Obwohl die SPD inzwischen unzählige Milliarden in den Aufbau Ost gesteckt hat - was ihr von Seiten der CDU ja auch zum Vorwurf gemacht wird, nach dem Gießkannenprinzip Gelder verteilt zu haben, mit denen viele Projekte effektiv unterstützt wurden, von denen aber auch viele wirkungslos im Sand versickert sind - konnte sie die Abwanderung von Ost nach West nicht verhindern. In den ländlichen Gebieten bleiben lediglich die ältere, immobilere Bevölkerung und viele desillusionierte Junge zurück. Verhindern konnte sie aber auch nicht, dass die Mauer als Symbol einer deutschen Teilung in den Köpfen immer noch präsent ist. Zuschreibungen wie „wir hier/die da drüben“ funktionieren weiterhin wunderbar. Überspitzt gesagt ist der Osten grau, überaltert, arbeitslos. Junge und Motivierte sind abgewandert, die Zurückgebliebenen hinterlassen ein Gefühl der Perspektivlosigkeit. Besonders ländliche, strukturschwache Gebiete sind entvölkert, es fehlen Nachwuchs und Innovationspotential. Auch das Ruhrgebiet, Niedersachsen und Bremen kämpfen mit Arbeitslosigkeit, dennoch scheinen sie eingebettet in insgesamt motiviertere Bundesländer. Die im Osten brauchen noch eine Weile bis ihre Lebensverhältnisse den unseren gleichwertig sind. Gegen was protestieren die im Osten, was bewegt die im Westen? Die einen bangen um ihre Arbeitsplätze, während die anderen schon gar keine mehr haben und deswegen gegen Hartz IV demonstrieren?

Es wird noch in der Ost-West-Differenz gedacht und gehandelt
 DDR und Wiedervereinigung fallen bei mir in einen

Lebensabschnitt, in dem Politik für mich noch keine Relevanz hatte. Ich würde also behaupten, ein Deutschland mit 16 Bundesländern als Normalität begriffen zu haben und nicht als Abweichung eines viele Jahre währenden getrennten Zustands; die Kommunikation zu Mauerzeiten über den jeweils anderen Staat hat mein Denken nicht beeinflussen können. Ich bin ein Kind der Wiedervereinigung. Und dennoch ertappe ich mich beim Schreiben dieses Essays fortwährend, die Differenz zu denken und Ost und West einander gegenüber zu stellen, d.h. auch wenn ich mich als aufgeschlossen und neugierig bezeichnen würde, scheint auch bei mir eine Gegenüberstellung zwischen Ost und West möglich und nötig. Begegne ich heute jemandem aus Thüringen und identifiziere ihn anhand seines Dialekts, setzt sich bei mir eine historische Gedankenkaskade in Gang und ich unterstelle meinem Gegenüber sofort, eine spezifisch ostdeutsche Sichtweise auf alles mögliche zu haben. Ich antizipiere, dass seine Meinung auf DDR-

Wie kommen wir weiter, wenn wir unseren „Ost-West-Konflikt“ ständig unter der Schablone Unterschiede betrachten?

Erfahrungen basiert. Ein Blick auf die Berichterstattung in den Medien sagt auch: in ostdeutschen Städten demonstrieren erheblich mehr Leute gegen Hartz VI als im Westen. Woher kommt das wohl? Die Wahlergebnisse der Landtagswahl in Sachsen kämen im Westen so nie zustande. Wie tief muss Verbitterung, Enttäuschung und Entmutigung sitzen, dass ich vielleicht aus Protest meine Stimme der NPD gebe? Dabei ist der Ausländeranteil verschwindend gering und doch meinen 60%, es leben zu viele Ausländer in Deutschland. Und woher kommt diese Enttäuschung, wo doch seit 14 Jahren alles versucht wird, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Auf jeden Fall scheint mir, dass eine binäre Betrachtungsweise maßgebend ist. Aber wie kommen wir weiter, wenn wir unseren „Ost-West-Konflikt“ ständig unter der Schablone Unterschiede betrachten?

Im Gegenteil - sollten wir uns nicht viel eher fragen, welche gemeinsame Grundlage für eine zukünftige Reise ausgemacht werden kann? Uns nach dem Ziel fragen, das wir anstreben, ohne gleich Probleme auszumachen, die es zu lösen gilt? Die Maxime der

Politik scheint doch immer weniger das Denken als das bloße Handeln zu sein und der Erfolg einer Handlung oder der Lösungsstrategie wird dann an der Angemessenheit der Handlung bemessen.

In meinen Überlegungen möchte ich mich deswegen gerade nicht auf politische oder wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West beziehen. Es geht mir vielmehr um die gesellschaftliche Ebene. Was mich interessiert, ist das Denken in den Köpfen der Menschen. Denn ich bin der Meinung, dass erst dann, wenn die Wiedervereinigung in den Köpfen der Menschen wirklich vollzogen wurde, sich andere Sachlagen auch angehen lassen und dann keine Reaktion derart mehr kommt, dass „Solidarität zum Fremdwort wird, wenn sie zum Stopfen von Haushaltslöchern herhalten muss“ (Klaus-Peter Schmid in DIE ZEIT 51/2004).

Gleiche Lebensverhältnisse als Strategie der Politik

Momentan passiert die Sache noch umgekehrt. In der Politik wird die Strategie gefahren, zumindest ansatzweise für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen und der Rest regelt sich von allein. Nun würde ich die Sache gerade umgekehrt anpacken. Damit die Wiedervereinigung in den Köpfen ankommt, bedarf es meiner Meinung nach nicht den lähmenden und verklärenden Blick nach hinten, sondern die Orientierung an einer gemeinsamen Zukunft. Situationen müssen ähnlich wahrgenommen und bewertet werden. Es muss eine Ebene gefunden werden, auf der eine Verständigung z.B. über soziale Ängste möglich ist. In gewisser Weise zeugen die Hartz IV Proteste von ersten Ansätzen gemeinsamen Denkens. Aber das muss noch weiter fortgeführt werden. Wir müssen Integrationsmomente schaffen in der Hoffnung, dass sie auch aufgenommen werden. Deswegen setze ich meine Hoffnung eigentlich auf die heutige Jugend, die nach der Wende geboren ist und sich von ihren Eltern emanzipierend neu mit diesem Thema auseinander setzt - denen also die sozialisatorische Prägung eines geteilten und anschließend wiedervereinigten Deutschland fehlt und welche die Sache hoffnungsfroher anpacken, als wir das gerade tun. Natürlich lassen sich die aktuellen Probleme nicht wegleugnen. Wer will schon in Gegenden ziehen, die zwar landschaftlich wunderschön aber sehr wenig lebendig sind, Gegenden, in denen teilweise jedes zweite Haus leer steht. Aber gerade in den Städten wie Leipzig oder Ostberlin eröffnen sich neue Perspektiven. Hier entwickeln sich Trendstädte, die unglaublich viel zu bieten haben.

Gemeinsam an der Zukunft bauen - die Wiedervereinigung muss in den Köpfen der Menschen stattfinden.

Die Zeit zu beginnen ist jetzt. Wenn sich hier vielleicht Eigendynamiken entwickeln, dass es den Leuten attraktiv scheint, auch in ostdeutsche Städte zu ziehen, könnte der aktuell anhaltende Trend der Abwanderung von Ost nach West gewendet werden; dass es als wirkliche Alternative begriffen wird, nach Jobangeboten in den neuen Bundesländern zu suchen; dass auch hier Innovationspotential erkannt und ergriffen wird. Ich bin der Meinung, dass es sich auf der einen Seite um Tendenzen handelt, die selbstverstärkend fortwirken können und es z.B. bei einer Ausbildungs- oder Berufsplanung irgendwann selbstverständlich ist, ostdeutsche Städte in die Überlegungen genauso mit einzubeziehen wie Kiel oder Bochum. Auf der anderen Seite können diese fortwirkenden Eigendynamiken auch bewusst angestoßen und gefördert werden. Was wir im Moment noch beobachten können, ist eine von oben aufoktroierte Solidarität, die sich u.a. in finanziellen Geldzuwendungen von Seiten der Politik äußert. Die Steuerung des Annäherungsprozesses verbleibt noch zu stark in den Händen der Experten. Ein gezieltes Zugehen der Leute aus Ost und West untereinander und eine konkrete Auseinandersetzung miteinander findet meiner Meinung nach noch viel zu wenig statt. Aber hier liegt doch gerade die Chance, dass man sich auf gesellschaftlicher Ebene annähert und sich der Wandel quasi von unten vollzieht.

In diesen Prozess sollten möglichst alle Bevölkerungs- und Altersgruppen mit einbezogen werden. Die beste Voraussetzung ist wohl eine Familie, die ihre Wurzeln in den neuen wie in den alten Bundesländern hat. Dann wird die Situation schneller als Normalität begriffen. Doch um z.B. Vorurteile zwischen Jugendlichen abzubauen, könnten Austausche zwischen Klassen stattfinden. Das Kennen lernen und der Umgang miteinander kann neue Einblicke vermitteln und Gemeinsamkeiten hervortreten lassen. Vor allem soll der andere nicht mehr vor dem Hintergrund des ‚anderen‘ Ostens als fremd wahrgenommen werden. Noch ist das Differenzdenken dominant, aber ich bin guter Hoffnung, dass das Raster „Hüben und Drüben“ irgendwann nicht mehr greift. Dieser Prozess braucht zwar Zeit, aber ich bin der Meinung, dass man ihn aktiv fördern kann, ja fördern muss.

Vielleicht können wir unseren Enkeln schon bald eine neue gemeinsame Geschichte erzählen.